

## Antrag G 4: Frieden für die Ukraine. Die Kriegslogik durchbrechen.

<b>Antragsteller*in:</b>	Landesvorstand, LAG Frieden und Internationale Politik
<b>Status:</b>	angenommen
<b>Antragsblock:</b>	Anträge von grundsätzlicher Bedeutung
<b>Abstimmung</b>	Ja: Mehrheit Nein: 11 Enthaltung: 12

Seit über einem Jahr führt Russland einen völkerrechtswidrigen Angriffskrieg gegen die Ukraine. Nachdem schon vor dem 24.02.2022 mehr als 14.000 Menschen bei dem bewaffneten Konflikt im Osten des Landes ihr Leben verloren hatten, stieg mit dem Angriff Russlands auf die Ukraine die Zahl der Opfer und der Umfang der Zerstörung dramatisch an. Bis heute ist kein Ende in Sicht. Jeder weitere Tag, an dem das Sterben und die Zerstörung ziviler Infrastruktur in der Ukraine andauert, ist einer zu viel.

Angesichts der Entwicklung und der vielen Opfer bekräftigt und erneuert DIE LINKE. Thüringen ihre Verurteilung und Ablehnung dieses Krieges, für den einzig und allein Putins Regime die Verantwortung trägt. Die territoriale Integrität wurde der Ukraine von Russland im Zuge der Abgabe ihrer Atomwaffen vertraglich zugesichert. Die Ukraine hat das Recht, sich selbst zu verteidigen. Jede Interpretation des Konfliktes, die einer Täter-Opfer-Umkehr gleichkommt, ist abzulehnen. Auch ein freiwilliger Beitritt von ehemaligen Republiken und damit souveränen Staaten zur NATO rechtfertigen den Angriff durch russisches Militär nicht.

Durch Krieg werden niemals Probleme gelöst werden, sondern immer nur verschärft, werden inhumane und antizivilisatorische Kräfte freigesetzt, die die Menschheit und Menschlichkeit in ihrem Kern in Frage stellen. Der völkerrechtswidrige Angriff auf die Ukraine ist durch nichts zu rechtfertigen. Wir fordern die sofortige Einstellung aller Kampfhandlungen und den Rückzug der russischen Truppen hinter die völkerrechtlich bestehenden Grenzen.

Wir stehen solidarisch an der Seite der Menschen in der Ukraine und der demokratischen Opposition in Russland, die gegen diesen Krieg aufbegehrt.

DIE LINKE ist und bleibt eine Partei des Friedens und des Völkerrechts und lehnt Krieg als Mittel der Politik ab. In einer wertebasierten Außenpolitik, die diesen Namen verdient, steht Frieden an erster Stelle. Gleiches gilt für die Menschenrechte. Die vordringlichste Aufgabe der Politik ist es, alles zu unternehmen, um das Blutvergießen so schnell wie möglich zu beenden und weiteres zu verhindern. Es braucht seitens der europäischen Regierungen und der internationalen Staatengemeinschaft daher endlich ernsthafte diplomatische und zivile Initiativen für einen Waffenstillstand und Friedensverhandlungen. Waffenstillstandsverhandlungen unter dem Dach der Vereinten Nationen müssen den Anfang bilden. Ein sofortiger Waffenstillstand und das Stattfinden von Gesprächen sind alternativlos. Gleichzeitig ist zu betonen, dass Russland seine Truppen hinter seine tatsächlichen Grenzen zurückziehen muss und ein Diktatfrieden durch Russland für die Ukraine nicht der Anspruch von Verhandlungen sein kann. Die Menschen in der Ukraine dürfen nicht zum Spielball von Staaten oder von Militärbündnissen werden. Dazu brauchen wir eine

Debatte über die Stärkung des Völkerrechts und der Vereinten Nationen hin zu einer Weltfriedensorganisation sowie Vertragsgemeinschaften für Abrüstung und Friedenssicherung, um die Logik und Existenz von Militärbündnissen wie der NATO oder der OKVS endlich zu überwinden. Die Erfahrung aus dem Wirken und Denken in der Logik von diesen und weiteren militärischen Bündnissen und Einflusssphären zeigen die Notwendigkeit ihrer Überwindung an. Ein Weg zu einer neuen Friedensordnung könnte die Idee einer Neuauflage der Schlussakte von Helsinki sein, um über die Wahrung des Friedens in der Welt zu diskutieren und eine politische Zusammenarbeit zu organisieren, die die Kriegs- und Militärlogik durchbricht.

Solidarität mit den Menschen in der Ukraine heißt zuallererst, sich dafür einzusetzen, dass das Töten aufhört. Immer weitere Waffenlieferungen werden nicht zu einem Ende des Krieges führen, sondern vor allem die Profiteure der Rüstungskonzerne sichern. Stattdessen bleibt die Gefahr einer weiteren Eskalation, Ausweitung und Verlängerung des Krieges real - mit immer mehr Toten und Verwüstung. Einen langen Abnutzungskrieg kann niemand wollen und wird Russland nicht zum Einlenken bringen. Das bisherige Agieren des Kremls macht deutlich, dass es für ihn zweitrangig ist, wie viele junge Russen ihr Leben in diesem sinnlosen Krieg verlieren und wie viel Leid die ukrainische Zivilbevölkerung erfährt. Es darf jedoch uns und den europäischen Regierungen nicht egal sein. Deshalb braucht es auch einen wirksamen Schutz für Deserteur\*innen und Reservist\*innen, die sich dem Kriegseinsatz entziehen wollen. Auch Kriegsdienstverweigerung ist ein Menschenrecht und desto mehr Menschen auf beiden Seiten davon Gebrauch machen können, desto schwieriger wird eine Fortsetzung des völkerrechtswidrigen Kriegs in der Ukraine.

Wir stellen fest, dass die Mehrheit der Menschen in Deutschland Empathie und Hilfsbereitschaft für die von Krieg Betroffenen aufbringt und danken allen Engagierten, die Geflüchteten helfen. Wir verurteilen scharf, dass die Ampelkoalition mit Unterstützung und unter dem Beifall der AfD diese Situation nutzt, um eine neue Aufrüstungspolitik und den Umbau der Bundeswehr in eine Interventionsarmee in die Tat umzusetzen. Noch mehr Rüstung ist absurd! Der Rüstungsetat muss sinken. Wir wollen die Bundeswehr auf die Landesverteidigung beschränken, Kampfeinsätze beenden und sie in keine neuen entsenden. Anstelle von Maximalprofiten für Rüstungsunternehmen braucht es für Frieden in der Welt Diplomatie und gegenseitig bindende Verträge zur Abrüstung.

Auch wenn die Lieferung von Waffen als Unterstützung der Ukraine und ihrer Verteidigung nahe liegt und angesichts der anhaltenden russischen Angriffe diese Position nachvollziehbar scheint, sehen wir diese kritisch. Es ist an der Zeit, die Kriegslogik zu durchbrechen. Als DIE LINKE. Thüringen stellen wir uns daher insbesondere gegen die massive Aufrüstung der Bundeswehr mit dem 100-Milliarden-Euro-Paket. Auch Überlegungen zur Aufstockung dieser Mittel erteilen wir eine Absage. Statt Gelder für Rüstung auszugeben, bräuchten wir endlich solche finanziellen Kraftpakete für eine soziale Energiewende, die Verbesserung der Arbeitsbedingungen im Pflege- und Gesundheitsbereich, moderne Bildungseinrichtungen und die notwendige Verkehrswende.

Wir kritisieren die parteienübergreifende neue Einigkeit zur Erfüllung des 2-Prozent-Ziels der NATO, das dröhnende Schweigen des vermeintlichen „Wertebündnisses“, wenn der Bündnispartner Türkei in den letzten Jahren immer wieder völkerrechtswidrig die

kurdischen Gebiete im Norden Syriens bombardiert und auch nach dem Erdbeben in der Region davor keinen Halt macht. Darüber hinaus setzen wir uns für die Unterzeichnung des Atomwaffenverbotsvertrages der UNO durch Deutschland und den Abzug aller US-Atomwaffen aus Deutschland ein. Der aktuelle außen- und verteidigungspolitische Diskurs in Deutschland scheint fast keine Tabus mehr zu kennen. Selbst die Wiedereinsetzung der Wehrpflicht wird als scheinbar ernsthafter Vorschlag des Öfteren ins Spiel gebracht. Diese militaristische Entwicklung beobachten wir mit Sorge.

Für die Ablehnung der Militarisierung und im Einsatz für eine friedliche Außenpolitik werden wir auf Grundlage unseres Parteiprogramms und unserer Parteitagsbeschlüsse das Bündnis mit demokratischen und progressiven Kräften suchen. Die Ablehnung und kritische Betrachtung von Waffenlieferungen bedeutet keinesfalls eine Entsolidarisierung mit den von diesem Krieg betroffenen Menschen, oder etwa eine Billigung des russischen Angriffskrieges. Als LINKE setzen wir darauf, alle zivilen Optionen auszuschöpfen, um sowohl den Opfern des Krieges zu helfen, als auch den Kreml unter Druck zu setzen, endlich ernsthafte Friedensverhandlungen aufzunehmen. Putins Regime muss endlich umfassend und gezielt mit Sanktionen belegt werden, die die Finanzierung des Krieges tatsächlich erschweren und klar an Bedingungen zur eventuellen Aufhebung geknüpft sind. Die bisherigen Sanktionen der EU sind jedoch ziel- und planlos. Nicht nur die Multimilliardär\*innen gilt es zu sanktionieren, sondern auch die über 20.000 russischen Multimillionär\*innen, welche die Machtbasis des Putin-Regimes sind, müssen endlich in den Fokus im Sinne einer gezielten Sanktionspolitik. Statt Trippelschritten wie beim Öl-Embargo, brauchen wir schnelle Entscheidungen, wenn die Staatskasse des Regimes und damit die Finanzquelle der Rüstungsindustrie in Russland getroffen werden soll, um den Druck für Friedensverhandlungen zu erhöhen. Geschieht dieses schnelle und zielgenaue Agieren nicht, verursachen die Sanktionen einen hohen Kollateralschaden - vor allem in Ländern des globalen Südens - und sind am Ende doch oft zu inkonsequent, wenn die eigenen wirtschaftlichen Interessen und die Einwände deutscher und europäischer Konzerne Vorrang haben. Zudem braucht es eine Stärkung der humanitären und zivilen Unterstützung der Ukraine zum schnellen Wiederaufbau der zerstörten Infrastruktur, insbesondere im Energiebereich. Auch ein Schuldenschnitt und eine finanzielle Wiederaufbauhilfe durch die internationale Staatengemeinschaft müssen jetzt auf den Weg gebracht werden.

Der Überfall auf die Ukraine war auch für uns als LINKE eine Zäsur. In Teilen unserer Partei wurde das Ausmaß an Aggressivität und die Bereitschaft der russischen Regierung, einen Angriffskrieg zu beginnen, viel zu oft unterschätzt. Eine linke Außenpolitik darf keine doppelten Standards setzen und muss sich aus den alten Mustern des Kalten Kriegs lösen. DIE LINKE. Thüringen steht klar auf der Seite des Völkerrechts, des Friedens und der Menschenrechte. Fragen dazu, was das konkret für unser Verständnis als Friedenspartei und Partei des Völkerrechts bedeutet, haben wir auf dem Bundesparteitag in Erfurt formuliert. Wir werden uns daher auch weiterhin einem Prozess der Selbstreflexion stellen. Dafür wollen wir insbesondere den Austausch mit osteuropäischen Linken ausbauen. Auch wollen wir die Perspektive von Genoss\*innen des globalen Südens einbinden. Wir müssen gemeinsam Antworten finden, ohne dabei friedenspolitische Grundsätze zu streichen.

Die deutsche Außenpolitik darf zudem keine doppelten Standards setzen:

wirtschaftliche Sanktionen wie gegen Russland müssen auch gegen die Verursacherstaaten anderer aktueller Kriege ergriffen werden, so beim militärischen Vorgehen der Türkei gegen die Kurden unter Verletzung der Grenzen anderer Staaten, beim kriegerischen Engagement Saudi-Arabiens im Jemen und in anderen Fällen. Dass hier anstelle von Sanktionen zusätzliche Öl-Mengen bezogen werden, macht deutlich, dass die Politik der westlichen Hauptmächte, zu denen die Bundesrepublik gehört, durch die Interessen des eigenen Kapitals bestimmt werden und nicht von Werten wie Frieden und Menschenrechte.

Für die Ablehnung der Militarisierung unserer Gesellschaft und eine friedliche Außenpolitik werden wir uns neben unserem Parteiprogramm und den Parteitagsbeschlüssen immer wieder an den Grundsätzen der Friedensbewegung orientieren und Bündnisse mit allen anderen demokratischen Kräften suchen, die Kriege verhindern wollen.